

Bibliothek
des
Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

Geldvermögen und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte	559
Stockender Handel mit den Reformländern in Mittel- und Osteuropa	568

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 30/99

Berlin

3. Ex

29. Juli 1999

66. Jahrgang

Geldvermögen und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte

Im Jahre 1998 haben die privaten Haushalte ihr Geldvermögen um 251 Mrd. DM aufgestockt; weitere 62 Mrd. DM sind in die Eigenheimfinanzierung geflossen. Der Geldvermögensbestand der Haushalte stieg auf 5,7 Bill. DM — das waren im Durchschnitt je Haushalt rund 153 000 DM. Geld-, Immobilien- und Gebrauchsvermögen der privaten Haushalte summierten sich am Ende des vergangenen Jahres auf 14,5 Bill. DM, je Haushalt auf 389 000 DM. Allerdings ist das Vermögen sehr ungleich verteilt.

Aus ihren Geldanlagen sind den Privathaushalten im engeren Sinne¹ 1998 Zinsen und Dividenden in Höhe von 181 Mrd. DM zugeflossen; die durchschnittlichen Vermögenseinkommen betrugen 4 900 DM. Aber nicht alle Haushalte bezogen Einkünfte aus Kapitalvermögen, ein Großteil solche in nur geringer Höhe.

Die hier verwendeten Daten zur Einkommensverteilung und -verwendung entstammen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) des Statistischen Bundesamtes. Diese wurde kürzlich grundlegend revidiert;² neue Daten zum verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte wurden allerdings noch nicht veröffentlicht. Daher wird hier auf die VGR-Ergebnisse vor der Revision³ zurückgegriffen.

Informationsgrundlage zur Geldvermögensbildung und zu den Vermögensbeständen sind die gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung⁴ und laufende Kreditstatistiken der Deutschen Bundesbank.

Sparquote der privaten Haushalte unverändert

Für Verbrauch und Ersparnis stand den privaten Haushalten im vergangenen Jahr ein Einkommensbetrag von gut 2,4 Bill. DM zur Verfügung, das waren 2,8 % mehr als 1997 (Tabelle 1). Die Nettolohn- und -gehaltssumme — bedeutendste Komponente des verfügbaren Einkommens — entwickelte sich unterdurchschnittlich (+ 1,3 %). Überdurchschnittlich stiegen dagegen erneut die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen (+ 5,2 %) — seit 1991 expandierten sie um insgesamt 55 %, die Nettolöhne und -gehälter nahmen nur um 11 % zu (Abbildung 1).

Ihren Verbrauch weiteten die privaten Haushalte im vergangenen Jahr nur wenig stärker aus (+ 2,9 %), als das verfügbare Einkommen gestiegen ist. Zwar expandierten die Wohnungsmieten erneut kräftig, und auch die Nachfrage nach Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnischen

Geräten sowie nach Personenkraftwagen nahm überdurchschnittlich zu. Die Ausgaben für Nahrungs- und Genussmittel waren indes nur wenig höher als 1997; beim Kauf von Bekleidung und Schuhen hielten sich die Kon-

¹ Dabei bleiben die Personen in Gemeinschaftsunterkünften und die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck außer Betracht.

² Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe S. 20, Revidierte Ergebnisse der Inlandsproduktsberechnung, 1991 bis 1998.

³ Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 3, Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktsberechnung, 4. Vierteljahr 1998.

⁴ Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 1990 bis 1998. Statistische Sonderveröffentlichung 4; Zur Entwicklung der privaten Vermögenssituation seit Beginn der neunziger Jahre. In: Monatsbericht, Nr. 1/1999, S. 33 ff.; Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme im Jahr 1998. In: Monatsbericht, Nr. 6/1999, S. 15 ff.

Tabelle 1

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte¹⁾ und seine Verwendung
in Mrd. DM

Jahr	Nettolohn- und -gehaltsumme	Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen	Empfangene laufende Übertragungen	Abzüglich:		Verfügbares Einkommen	Privater Verbrauch	Ersparnis der privaten Haushalte	Nachrichtlich: Sparquote in %
				Nicht-zurechenbare geleistete laufende Übertragungen	Konsumenten-kreditzinsen				
1991	899,6	572,7	475,0	45,9	30,2	1 871,3	1 630,3	241,0	12,9
1992	953,5	622,0	525,9	51,7	35,8	2 014,0	1 755,5	258,5	12,8
1993	977,9	637,0	566,0	56,9	40,1	2 083,9	1 829,3	254,6	12,2
1994	973,2	696,1	588,7	61,3	39,9	2 156,8	1 906,0	250,8	11,6
1995	976,3	738,2	617,9	62,2	40,8	2 229,5	1 975,3	254,1	11,4
1996	999,6	798,0	619,2	65,4	38,9	2 312,4	2 046,4	266,1	11,5
1997	982,4	846,6	628,3	63,2	39,1	2 355,1	2 095,2	259,8	11,0
1998	995,1	890,3	639,8	63,3	40,0	2 421,9	2 156,1	265,8	11,0

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

Abbildung 1



umenten augenfällig zurück. Bei den Ausgaben für Haushaltsenergie profitierten sie von den stark gesunkenen Heizölpreisen, bei den Ausgaben für Nachrichtenübermittlung von billiger gewordenen Fernsprechentgelten.⁵ Die Ausgaben im Gesundheitsbereich wurden im vergangenen Jahr wohl davon beeinflusst, daß mancher

Kassenpatient eine nicht dringend erforderliche Behandlung aufschob; er setzte darauf, daß finanzielle Belastungen, z. B. Festzuschüsse bei Zahnersatz, von der neuen Regierung wieder zurückgenommen würden – und sieht sich inzwischen bestätigt.⁶

Mit 266 Mrd. DM (+ 2,3 %) legten die privaten Haushalte 11 % ihres verfügbaren Einkommens auf die „hohe Kante“. Der leichte Rückgang der Arbeitslosigkeit, höhere Tarifabschlüsse als in früheren Jahren sowie steuerliche Entlastungen (Senkung des Solidaritätszuschlags und Anhebung des steuerfreien Existenzminimums) dürften sich positiv, die Mehrwertsteuererhöhung hingegen negativ auf die Spartätigkeit ausgewirkt haben. Die Sparquote ging erstmals nicht mehr zurück (Abbildung 2).

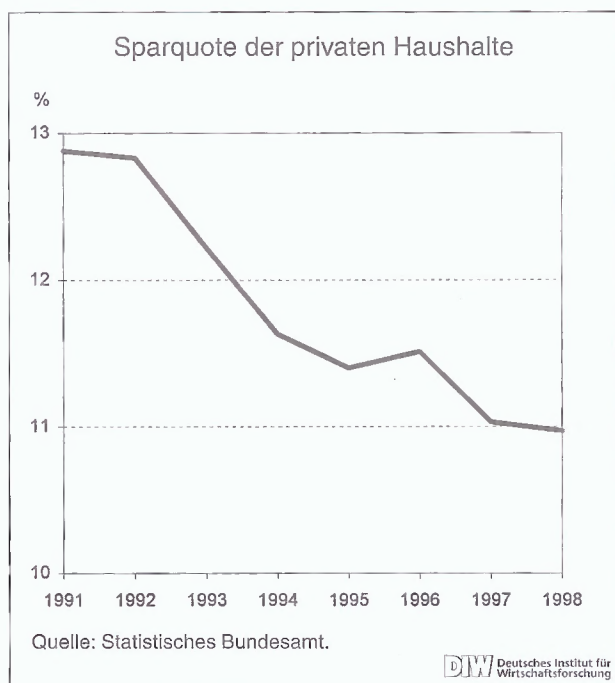
Neben der Ersparnis beeinflussen weitere Ströme die Geldvermögensbildung der privaten Haushalte – die Vermögensübertragungen. Zu den von den Haushalten empfangenen Übertragungen (1988: 39 Mrd. DM) zählen Spar- und Wohnungsbauprämien sowie die Zunahme der Ansprüche von Arbeitnehmern aus betrieblichen Pensionszusagen.⁷ An den Vermögensübertragungen, die die privaten Haushalte an andere Sektoren leisteten

⁵ Vgl. Expansion der Gewinn- und Vermögenseinkommen stützt Konsumnachfrage. Bearb.: Jochen Schmidt. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 12/99, S. 234 ff.

⁶ Vgl. Einkommen der Zahnärzte 1997 moderat gestiegen. Bearb.: Klaus-Dietrich Bedau. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 6/99, S. 134 ff.

⁷ In der revidierten VGR gilt die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche – so wie schon bisher in den Berechnungen der Deutschen Bundesbank – als Teil des verfügbaren Einkommens und des Sparens der privaten Haushalte. Die neue Buchungsweise führt zu einer höheren Sparquote als bislang ausgewiesen.

Abbildung 2



(1998: 68 Mrd. DM), haben die über Bausparkassen geleiteten Mittel zur Eigenheimfinanzierung (1998: 62 Mrd. DM) den weitaus größten Anteil.

Geldvermögensbildung

Die privaten Haushalte stockten ihr Geldvermögen im vergangenen Jahr um 251 Mrd. DM auf, das waren knapp 8 Mrd. DM mehr als 1997 (Tabelle 2). Deutlich geringere Beträge als im Jahr zuvor wurden 1998 auf Sparkonten

eingezahlt; Spareinlagen mit einer Grundverzinsung wurden per saldo abgebaut, Sondersparformen (mit einer günstigeren Verzinsung) indes aufgestockt. Während am Anfang der neunziger Jahre nur knapp ein Drittel der Spareinlagen als Sondersparformen gehalten wurden, machten diese im vergangenen Jahr fast zwei Drittel aller Einlagen aus. Auf Bausparkonten sind 1998 erheblich geringere Mittel als im Jahr davor geflossen; der von der Neuregelung der staatlichen Förderung initiierte Bausparboom ist abgeebbt.

Großer Beliebtheit erfreut sich nach wie vor die Geldanlage bei Versicherungen. Für Selbständige sind Lebensversicherungen seit eh und je eine wichtige Form der Alters- und Hinterbliebenenvorsorge. Aber inzwischen hat auch der überwiegende Teil der Arbeitnehmer Lebensversicherungen abgeschlossen — diese sind neben den Ansprüchen an die gesetzliche Rentenversicherung und an betriebliche Rentenfonds die dritte Säule der Alterssicherung, die mit der weiteren „Alterung“ der Bevölkerung und den daraus resultierenden Problemen für die Finanzen der Sozialversicherung⁸ noch an Bedeutung zunehmen wird. Die durchschnittliche Versicherungssumme der Arbeitnehmer-Haushalte bleibt allerdings deutlich hinter der der Selbständigen-Haushalte zurück.⁹ Beliebt sind Lebensversicherungen auch deshalb, weil Zinsen auf diese Geldanlageform im allgemeinen (noch) nicht einkommensteuerpflichtig sind.¹⁰

⁸ Vgl. Axel Börsch-Supan: Demographie, Entwicklung und Stabilität der Sozialversicherung in Deutschland. In: Allgemeines Statistisches Archiv, Heft 1/1999, S. 27 ff.

⁹ Vgl. Klaus-Dietrich Bedau: Ersparnis und Vorsorgeaufwendungen nach Haushaltsgruppen. Diskussionspapiere des DIW, Nr. 187.

¹⁰ Die Besteuerung von Zinsen auf Lebensversicherungen wurde des öfteren diskutiert und wird heute erneut erwogen.

Tabelle 2

Geldvermögensbildung der privaten Haushalte¹⁾ und Aufnahme von Konsumentenkrediten in Mrd. DM

Jahr	Spareinlagen	Geldanlage bei Bausparkassen	Ver sicherungen	festverzinsl. Wertpapieren	Erwerb von Aktien	Geldmarktpapieren	Termingelder und Sparbriefe	Bargeld und Sichteinlagen	Sonstige Forderungen ²⁾	Bruttogeldvermögensbildung insgesamt	Aufnahme von Konsumentenkrediten	Nettogeldvermögensbildung
1991	1,8	6,4	52,0	91,3	2,2	0,5	62,7	14,2	17,0	248,1	34,4	213,7
1992	16,9	6,6	60,3	61,9	-2,3	3,1	46,3	41,7	23,2	257,8	24,2	233,7
1993	88,9	6,8	69,6	7,9	-9,3	-0,9	22,6	35,1	14,6	235,3	15,0	220,3
1994	80,6	6,2	74,6	105,3	9,9	-5,0	-64,4	15,7	6,8	229,8	16,1	213,7
1995	103,1	3,4	86,0	59,1	-1,0	-3,7	-46,4	23,6	13,0	237,2	13,2	224,0
1996	95,3	9,5	87,1	38,7	12,7	-0,3	-40,4	33,5	13,3	249,2	12,1	237,1
1997	37,5	9,3	94,8	64,7	13,7	-1,1	-9,2	19,3	14,1	243,2	13,1	230,1
1998	27,1	4,7	99,4	46,8	15,6	-0,4	-0,7	39,8	18,5	250,8	17,9	233,0

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — ²⁾ Im wesentlichen Zunahme der Ansprüche aus betrieblichen Pensionszusagen.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

Festverzinsliche Wertpapiere waren im vergangenen Jahr weniger, Investmentzertifikate dagegen stärker gefragt als 1997. Das Interesse privater Anleger an Aktien, das durch den Börsengang der Telekom im Jahr 1996 ausgelöst worden war, hielt an. Sparbriefe wurden per saldo abgebaut. Die Bestände an Bargeld und Sichteinlagen nahmen wesentlich stärker als 1997 zu — nicht selten werden Ersparnisse in Erwartung höherer Zinsen vorübergehend in liquider Form gehalten.

Geldvermögensbestand

Das Geldvermögen der privaten Haushalte summierte sich Ende 1998 auf 5,7 Bill. DM (Tabelle 3). Gegenüber 1997 hatte es um 321 Mrd. DM zugenommen; zur Geldvermögensbildung kamen Kursgewinne der Wertpapierbesitzer hinzu. Rechnerisch besaß jeder Haushalt ein Geldvermögen von 153 000 DM (1997: 145 000 DM). Hinter dem Durchschnittsbetrag steht allerdings eine beträchtliche Streuung des Geldvermögens. Nach den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) von 1993 — neuere Informationen aus dieser Datenquelle wurden noch nicht veröffentlicht — verfügten zwar 97 % der westdeutschen und 98 % der ostdeutschen Haushalte über finanzielle Rücklagen, doch entfielen auf die Hälfte der Haushalte nur 11 % (Westdeutschland) bzw. 15 % (Ostdeutschland) des jeweiligen Geldvermögens, während sich auf die „reichsten“ 5 % der Haushalte 28 % bzw. 29 % des gesamten Anlagebestandes konzentrierten. Tatsächlich dürfte die Disparität in der Vermögensverteilung größer sein, als sie von der EVS eingefangen wird: Bei der Aufbereitung bleiben Haushalte mit hohen Einkommen, die wohl auch hohe Vermögen besitzen, wegen der niedrigen Fallzahlen in

der Stichprobe außer Betracht. Daten über die Vermögensverhältnisse der „Reichen“ findet man (letztmalig für 1993) in der Vermögenssteuerstatistik: Die Steuerpflichtigen mit einem Gesamtvermögen von 10 Mill. DM oder mehr machten knapp 1 % der Veranlagten aus und besaßen 26 % des Gesamtvermögens.¹¹

Von Ende 1991 bis Ende 1998 expandierte das Geldvermögen der privaten Haushalte um 2,2 Bill. DM. Etwa 1,7 Bill. DM der Vermögenszunahme stammten aus der laufenden Geldvermögensbildung, 494 Mrd. DM aus Kursgewinnen bei Aktien, Investmentzertifikaten und Rentenpapieren:

		davon:	
	Zunahme des Geld- vermögens	Geldver- mögens- bildung in Mrd. DM	Kursge- winne oder -verluste
1992	230,5	257,8	-27,3
1993	375,8	235,3	140,5
1994	219,8	229,8	-10,0
1995	340,3	237,2	103,1
1996	302,7	249,2	53,5
1997	406,6	243,2	163,4
1998	321,2	250,8	70,4
Zusammen	2 196,9	1 703,3	493,6

¹¹ Vgl. Roland Schöffel: Vermögen und seine Besteuerung 1993. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 7/1997, S. 497 ff.

Tabelle 3

Geldvermögen und Konsumentenkredite der privaten Haushalte¹⁾ in Mrd. DM

Jahr	Spar- ein- lagen	Geldanlage bei Bau- spar- kassen	Ver- siche- rungen	festver- zinsl. Wert- papieren ²⁾	Geldanlage in Aktien ²⁾	Geld- markt- papieren	Termin- gelder und Spar- briefe	Bargeld und Sicht- einlagen	Sonstige Förde- run- gen ³⁾	Bruttogeld- vermögen insgesamt	Nachrichtlich: Konsu- menten- kredite	Netto- geld- vermögen
1991	743,5	132,1	703,7	686,1	199,6	11,3	459,2	293,4	257,1	3 485,9	314,0	3 171,9
1992	761,0	138,7	748,1	747,4	187,2	14,2	505,4	334,4	279,8	3 716,4	338,5	3 377,9
1993	850,2	145,5	822,5	822,5	249,8	12,8	528,1	368,6	292,3	4 092,2	353,6	3 738,6
1994	930,6	151,6	897,6	922,7	254,0	7,8	463,5	384,9	299,3	4 312,0	365,2	3 946,7
1995	1 033,7	155,1	982,6	1 055,7	283,3	4,1	416,8	408,7	312,3	4 652,3	372,1	4 280,2
1996	1 129,0	164,6	1 066,7	1 108,9	340,7	3,8	372,5	441,3	327,6	4 955,0	383,1	4 571,9
1997	1 166,5	173,9	1 163,0	1 191,4	495,6	2,8	363,4	461,0	344,1	5 361,6	395,0	4 966,6
1998	1 193,5	178,6	1 261,1	1 265,5	555,2	2,4	363,5	500,4	362,5	5 682,8	417,4	5 265,5

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — ²⁾ Zu Tageskursen. — ³⁾ Im wesentlichen Ansprüche aus betrieblichen Pensionszusagen.
Quelle: Deutsche Bundesbank.

Der Wertsteigerung stand allerdings ein Wertverlust durch Preissteigerungen gegenüber: Ende 1998 war der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte um 20 Prozentpunkte höher als Ende 1991. In preisbereinigter Rechnung belief sich der Vermögenszuwachs auf knapp 1,4 Bill. DM.

Gesamtvermögen

Neben dem Geldvermögen verfügten die privaten Haushalte am Ende des vergangenen Jahres über Immobilienvermögen¹² im Wert von 7,3 Bill. DM; dieses war somit erheblich höher als das Geldvermögen (Tabelle 4). Das Gebrauchsvermögen¹³ der Haushalte – etwa Möbel und Teppiche, Haushaltsgeräte, Kraftfahrzeuge, Fernsehgeräte, Uhren und Schmuck – ist für Ende 1998 auf 1,7 Bill. DM zu beziffern. Geld-, Immobilien- und Gebrauchsvermögen zusammen beliefen sich Ende 1998 auf 14,5 Bill. DM (Abbildung 3), je Haushalt auf 389 000 DM. Vom Betriebsvermögen ist hier nur der durch Aktien verbriefte Teil enthalten; außer Ansatz bleiben der Wert des Humanvermögens (Ausbildung und Erfahrung) sowie des Sozialvermögens¹⁴ (Ansprüche an die Sozialversicherung und an die Beamtenversorgung).

Dem Gesamtvermögen standen 1998 Verpflichtungen in Höhe von 1,9 Bill. DM gegenüber (Konsumentenkredite: 0,4 Bill. DM, Baukredite 1,5 Bill. DM), so daß ein Nettovermögen von 12,6 Bill. DM resultierte. Je Haushalt waren dies 338 000 DM. Wie erwähnt, verfügen fast alle Haushalte über Geldvermögen – indes viele von ihnen über ein solches in geringer Höhe –, aber nur die Hälfte der westdeutschen und reichlich ein Viertel der ostdeutschen Haushalte haben Grundbesitz.

Durchschnittsvermögen in Ostdeutschland erheblich geringer als im früheren Bundesgebiet

Auf die privaten Haushalte in den neuen Bundesländern – sie stellen 18 % aller Haushalte in Deutschland – entfielen 1997 nur 7 % des Geld-, 8 % des Immobilien-¹⁵ und 14 % des Gebrauchsvermögens. Die ostdeutschen Durchschnittsbeträge machten 32 % (Geldvermögen), 37 % (Haus- und Grundbesitz) sowie 71 % (Gebrauchsvermögen) der westdeutschen Vergleichswerte aus. Beim Bruttovermögen insgesamt betrug das Ost-West-Verhältnis der Durchschnittsbeträge 39 %; beim Nettovermögen war es wegen der geringeren Verschuldung der ostdeutschen Haushalte mit 42 % etwas günstiger.

Seit der Vereinigung Deutschlands haben die privaten Haushalte in den neuen Ländern kräftig aufgeholt: Ende 1990 hatten sich das durchschnittliche Geldvermögen in Ostdeutschland erst auf 19 %, das Immobilienvermögen auf 15 %, das Gebrauchsvermögen auf 22 % der westdeutschen Vergleichsbeträge belaufen (Abbildung 4).

¹² Zu Detailinformationen vgl. Stefan Bach und Bernd Bartholmai: Immobilienbesitz privater Haushalte in Deutschland 1995. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 9/1998, S. 773 ff.

¹³ Zu Detailinformationen vgl. Dieter Schäfer und Rita Bolleyer: Gebrauchsvermögen privater Haushalte. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 8/1993, S. 527 ff.

¹⁴ Der Barwert der Ansprüche an die Rentenversicherung wurde für die Mitte der neunziger Jahre mit 7 Bill. DM angegeben. Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Reformen voranbringen. Jahresgutachten 1996/97. Stuttgart 1996, S. 240.

¹⁵ Bei der regionalen Aufteilung des Haus- und Grundbesitzes gibt es Unschärfen: Westdeutsche Haushalte verfügen auch über Wohneigentum in den neuen Bundesländern, ostdeutsche Haushalte auch über ein solches in Westdeutschland.

Tabelle 4

Gesamtes Vermögen und gesamte Verpflichtungen der privaten Haushalte¹⁾
Bestand am Jahresende in Mrd. DM

Jahr	Geldvermögen	Immobilienvermögen			Gebrauchsvermögen	Bruttovermögen insgesamt	Verpflichtungen			Nettovermögen
		Gebäudewert	Grundstückswert	zusammen			Konsumentenkredite	Baukredite	zusammen	
1991	3 358,3	3 465,3	1 948,7	5 414,1	1 221,2	9 993,6	287,2	867,3	1 154,5	8 839,1
1992	3 577,3	3 737,4	1 985,0	5 722,3	1 326,8	10 626,4	312,0	921,8	1 233,8	9 392,6
1993	3 933,3	3 951,1	2 104,1	6 055,2	1 399,1	11 387,6	324,3	1 018,4	1 342,7	10 044,9
1994	4 154,6	4 165,4	2 242,2	6 407,6	1 449,3	12 011,5	335,1	1 130,8	1 465,9	10 545,5
1995	4 500,0	4 350,3	2 378,9	6 729,2	1 496,6	12 725,8	345,8	1 231,7	1 577,5	11 148,3
1996	4 795,4	4 444,0	2 522,8	6 966,8	1 558,3	13 320,5	356,1	1 332,9	1 689,0	11 631,5
1997	5 192,7	4 552,4	2 539,3	7 091,7	1 617,9	13 902,3	366,5	1 426,4	1 792,9	12 109,4
1998	5 503,8	4 676,5	2 605,0	7 281,5	1 675,0	14 460,3	387,3	1 509,5	1 896,8	12 563,5

¹⁾ Ohne Organisationen ohne Erwerbszweck. Vom Betriebsvermögen ist nur das Aktienvermögen enthalten.

Quellen: Deutsche Bundesbank; Berechnungen des DIW.

Abbildung 3

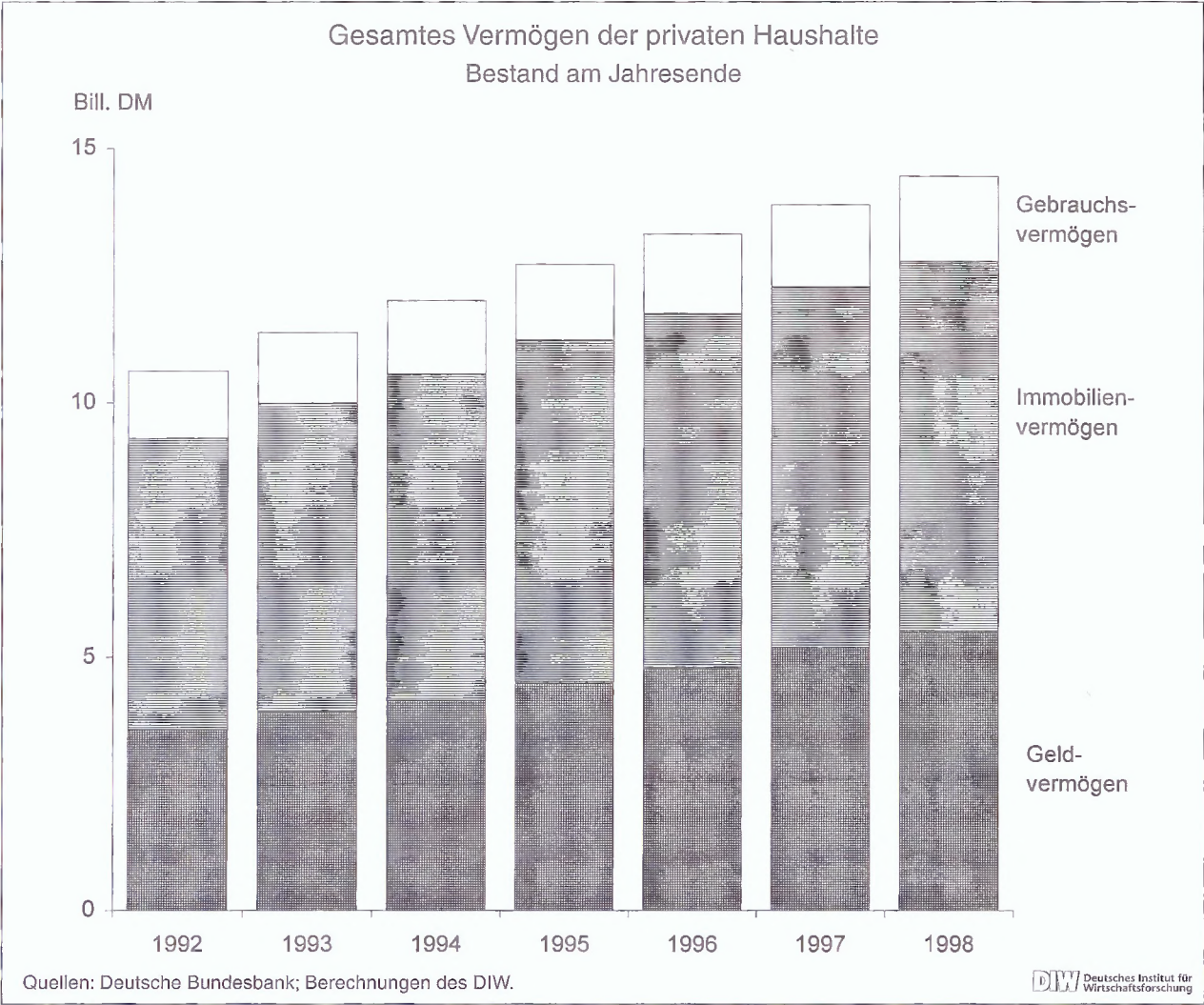


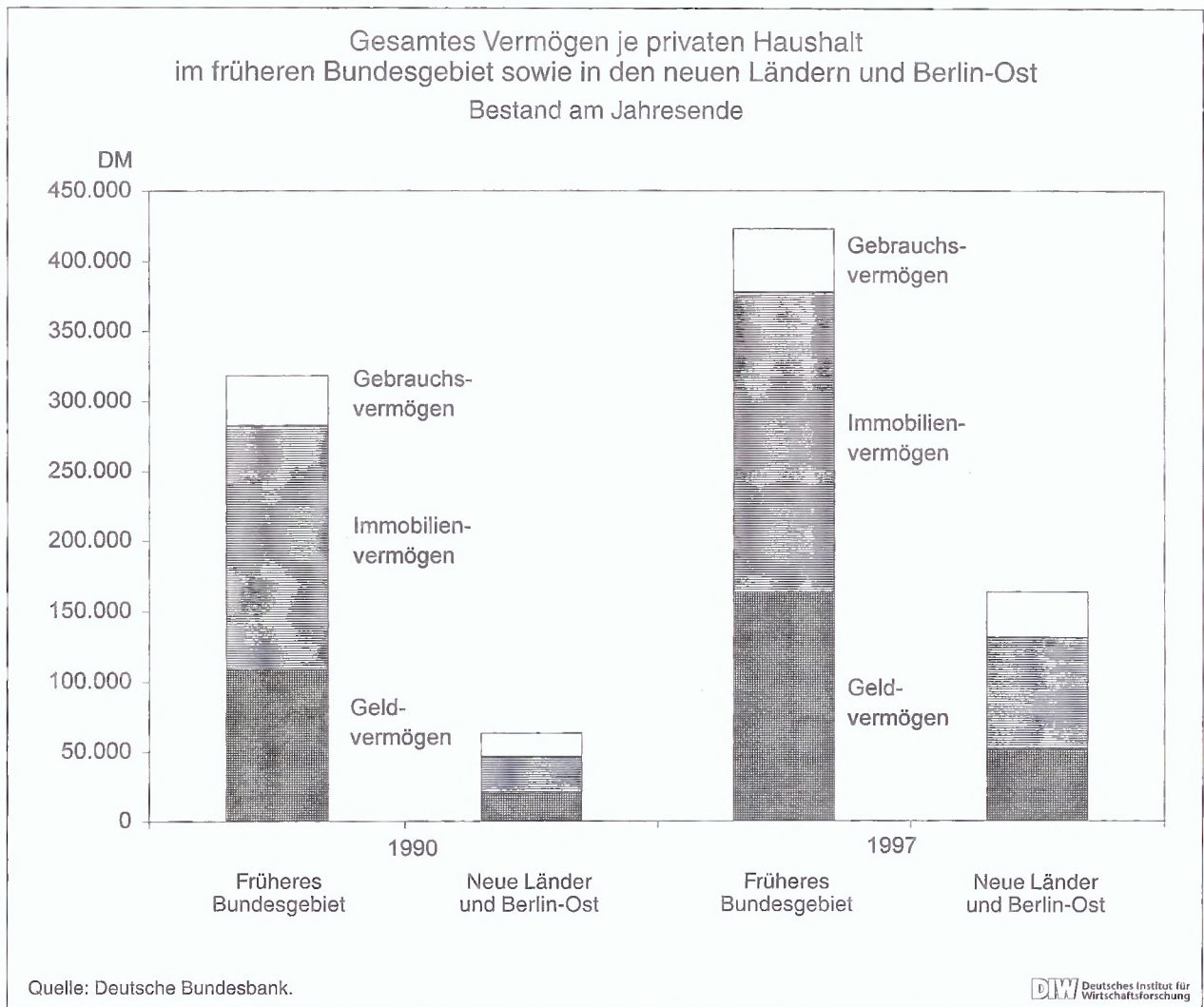
Tabelle 5

Vermögenseinkommen und Konsumentenkreditzinsen der privaten Haushalte ¹⁾									
in Mrd. DM									
Jahr	Zinsgutschriften auf				Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit	Sonstige Vermögenseinkommen ²⁾	Vermögenseinkommen insgesamt	Konsumentenkreditzinsen	Vermögenseinkommen nach Abzug der Konsumentenkreditzinsen
	Spareinlagen	Bauspareinlagen	Versicherungen	festverzinsl. Wertpapiere					
1991	32,7	3,7	41,7	46,2	17,1	39,6	181,0	30,2	150,8
1992	36,0	3,9	45,4	55,7	18,0	46,1	205,0	35,8	169,2
1993	37,4	4,1	50,4	54,3	20,1	46,1	212,4	40,1	172,2
1994	35,0	4,2	54,1	65,0	30,9	30,7	219,9	39,9	180,0
1995	36,8	4,4	57,4	66,7	22,0	28,1	215,5	40,8	174,7
1996	38,3	4,6	60,7	73,0	21,8	14,5	212,8	38,9	173,8
1997	37,6	4,9	64,2	76,8	24,7	16,2	224,4	39,1	185,3
1998	38,2	5,2	66,2	77,4	27,5	16,1	230,5	39,3	191,2

¹⁾ Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. — ²⁾ Emissionsdisagio bei Geldmarktpapieren, Zinsen auf Termingelder und Sparbriefe, Nettopachten und Einkommen aus Lizenzen, Patenten u. ä.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Berechnungen des DIW.

Abbildung 4



Vermögenserträge

Den weitaus überwiegenden Teil ihres Vermögens halten die privaten Haushalte in zinsbringender Form. Aus diesen Anlagen erzielten sie im vergangenen Jahr Zinsen und Dividenden (vor Steuerabzug) in Höhe von schätzungsweise 231 Mrd. DM (Tabelle 5); das waren 8 % ihrer gesamten primären Einkünfte. Die Vermögenseinkommen haben schwächer als der Vermögensbestand zugenommen, weil das Zinsniveau gesunken ist: Der Zinssatz für Spareinlagen mit Grundverzinsung ging von 1,7 % (1997) auf knapp 1,6 % (1998), die Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere von 5,1 % auf 4,5 % zurück.

In ihrer Höhe kommen die Vermögenseinkommen seit Jahren dicht an die jeweilige Geldvermögensbildung heran. Zwar werden nicht sämtliche Zinsen und Dividenden wieder angelegt; ein Teil von ihnen wird zu Konsumzwecken verwendet. Aber zu einem vermutlich nicht geringen Teil wird die alljährliche Geldvermögensbildung aus Zinserträgen alimentiert.

Konsumentenkreditzinsen zahlten die privaten Haushalte 1998 in Höhe von 39 Mrd. DM, kaum mehr als im Jahr davor. Nach Abzug dieser Zinsen verblieben den Haushalten mithin Vermögenseinkommen von 191 Mrd. DM (1997: 185 Mrd. DM).

Durchschnittliche Vermögenseinkommen der Selbständigen-Haushalte am höchsten

An die Privathaushalte im engeren Sinne (ohne die in Gemeinschaftsunterkünften lebenden Personen und ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck) sind im vergangenen Jahr per saldo 181 Mrd. DM an Vermögenseinkommen geflossen (Tabelle 6). 15 % davon gingen an die Selbständigen-, 41 % an die Arbeitnehmer- und 44 % an die Nichtselbständigen-Haushalte.

Im Durchschnitt waren die Zinserträge der Selbständigen-Haushalte zweieinhalb mal so hoch wie die der anderen Haushaltsgruppen. Hier spielt die erwähnte unter-

Tabelle 6

Vermögenseinkommen abzüglich Konsumentenkreditzinsen nach Haushaltsgruppen¹⁾

Jahr	Haushalte von								Privat- haushalte insgesamt
	Selb- ständigen	Angestellten	Beamten	Arbeitern	Arbeitslosen ²⁾	Rentnern	Pensionären	sonstigen Personen ³⁾	
	in Mrd. DM								
1991	20,2	37,1	7,8	19,8	1,3	39,5	3,5	13,7	142,9
1992	22,9	41,8	8,7	21,1	1,8	44,4	4,0	17,4	162,1
1993	23,7	41,4	8,7	19,7	2,3	45,3	4,1	19,6	164,7
1994	27,1	42,2	8,7	20,3	2,4	45,5	4,1	19,8	170,0
1995	25,2	42,0	8,5	19,5	2,3	47,0	4,1	16,6	165,0
1996	25,0	41,5	8,1	18,6	2,4	47,1	4,1	17,4	164,2
1997	26,7	44,0	8,4	18,9	2,6	50,5	4,4	19,6	175,0
1998	27,5	45,7	8,2	19,3	2,5	52,4	4,6	20,5	180,6
	in DM je Haushalt								
1991	9 400	4 400	4 700	2 400	1 400	3 900	3 800	5 800	4 100
1992	10 400	5 100	5 200	2 600	1 600	4 300	4 300	6 500	4 600
1993	10 500	5 100	5 100	2 500	1 600	4 300	4 400	6 600	4 600
1994	11 700	5 200	5 100	2 600	1 500	4 200	4 400	6 900	4 700
1995	10 800	5 100	5 000	2 500	1 400	4 200	4 400	5 800	4 500
1996	10 500	5 000	4 900	2 500	1 300	4 200	4 400	5 900	4 500
1997	11 000	5 400	5 100	2 600	1 300	4 400	4 600	6 300	4 700
1998	11 300	5 500	5 100	2 700	1 200	4 500	4 500	6 700	4 900
	Nachrichtlich: Zahl der Haushalte in 1 000								
1991	2 147	8 431	1 650	8 261	923	10 138	920	2 381	34 851
1992	2 200	8 199	1 667	8 104	1 130	10 331	927	2 679	35 237
1993	2 255	8 120	1 698	7 877	1 431	10 529	926	2 967	35 803
1994	2 312	8 118	1 699	7 807	1 605	10 827	922	2 882	36 172
1995	2 339	8 187	1 683	7 758	1 617	11 140	924	2 837	36 485
1996	2 386	8 227	1 673	7 505	1 835	11 325	937	2 967	36 855
1997	2 417	8 210	1 652	7 209	2 068	11 437	953	3 084	37 030
1998	2 441	8 282	1 615	7 135	2 054	11 536	973	3 068	37 104

¹⁾ Ohne Personen in Gemeinschaftsunterkünften und ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck. — ²⁾ Haushalte, deren Bezugspersonen überwiegend von Arbeitslosengeld oder -hilfe leben. — ³⁾ Haushalte, deren Bezugspersonen überwiegend von Sozialhilfe, Stipendien, Unterhaltszahlungen, Vermögenseinkommen, Mieteinnahmen u. ä. leben.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

schiedliche Alterssicherung der sozioökonomischen Gruppen eine Rolle; zu den Vermögenseinkommen der Selbständigen-Haushalte tragen Zinsen aus Lebensversicherungen einen vergleichsweise hohen Teil bei. Allerdings streuen die Vermögenseinkommen bei einzelnen Berufsgruppen der Selbständigen, wie etwa die Daten der Einkommensteuerstatistik für die freien Berufen zeigen: Die Einkünfte, die ein Wirtschaftsprüfer 1992 — neuere Daten liegen nicht vor — aus Kapitalvermögen bezog, waren im Durchschnitt zweieinhalb mal so hoch wie die eines Rechtsanwalts, diese wiederum um die Hälfte höher als die eines Architekten.¹⁶

Von den Arbeitnehmer-Haushalten bezogen die der Arbeiter aufgrund vergleichsweise geringer Vermögensbestände niedrigere Zinseinkünfte als die Haushalte von Angestellten und Beamten. Auch Arbeitslosen-Haushalte

haben Vermögenseinkünfte, im Durchschnitt allerdings in erheblich geringerer Höhe als Arbeitnehmer-Haushalte. Doch ist das Einkommensniveau der Arbeitslosen-Haushalte schwer abzugreifen, weil es in dieser Gruppe eine — oft unterschätzte — Dynamik gibt: Bei jahresdurchschnittlich 4,3 Mill. als erwerbslos Gemeldeten registrierte die Arbeitsmarktstatistik für das vergangene Jahr zwar auf der einen Seite 1,5 Mill. Langzeitarbeitslose, auf der anderen Seite jedoch 7,3 Mill. Zugänge und 7,6 Mill. Abgänge von Arbeitslosen.

¹⁶ Vgl. Zur Einkommenslage in den freien Berufen. Bearb.: Klaus-Dietrich Bedau. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 2/99, S. 51 ff.

Ein beachtlicher Teil der Zinsen und Dividenden fließt an die Haushalte von Rentnern und Pensionären. Personen, die jetzt in Ruhestand leben, haben in der Regel während ihres Erwerbslebens Vermögensbestände in mitunter erheblicher Höhe angesammelt,¹⁷ deren Erträge sind nun ein willkommenes „Zubrot“ zu den Altersbezügen. In den neuen Bundesländern nannten diejenigen Rentner-Haushalte, die 1997 an den laufenden Wirtschaftsrechnungen teilnahmen, wesentlich höhere Einnahmen aus Geldvermögen als die ostdeutschen Arbeitnehmer-Haushalte.¹⁸

Auch in der Verteilung der Vermögenseinkommen gibt es eine beträchtliche Disparität. Sie fällt sogar noch größer aus als die Ungleichheit in der Verteilung des Geldvermögens, weil mit wachsendem Vermögensbestand der Anteil hochverzinslicher Anlageformen zunimmt.

Wünschenswert wäre es, Kleinsparern den Weg vom Kontensparen zu renditeträchtigeren Anlageformen zu ebnen. Haushaltsgruppen mit geringen Ersparnissen sollten in die Lage versetzt werden, nennenswerte finanzielle Rücklagen zu bilden. Der Aufbau einer privaten Zusatzversicherung ist für die heutige Erwerbstätigen-Generation unverzichtbar.

¹⁷ Das Gesamtvermögen der Senioren-Haushalte wird für Ende 1998 auf 4,4 Bill. DM (brutto) bzw. 4,1 Bill. DM (netto) geschätzt — ein immenses Erbschaftspotential.

¹⁸ Vgl. Joachim Kaiser: Budgets ausgewählter privater Haushalte 1997. In: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 8/1998, S. 680 ff.

Stockender Handel mit den Reformländern in Mittel- und Osteuropa

Nach einer Phase stetiger und kräftiger Expansion von Beginn der 90er Jahre an, ist der deutsche Export in die Reformländer Mittel- und Osteuropas¹ zur Jahresmitte 1998 erstmals ins Stocken geraten. In der zweiten Jahreshälfte sind die Lieferungen in diese Ländergruppe sogar gesunken. Ausschlaggebend dafür war die Finanzkrise in Rußland im August 1998; die Exporte nach Rußland sind dramatisch eingebrochen und hatten gegen Jahresende nur noch eine Größenordnung von rund der Hälfte des Vorjahresniveaus. Rußland ist aus der Gruppe der wichtigsten Handelspartner in dieser Region vom dritten auf den vierten Rang und damit hinter Ungarn, zurückgefallen.

Auch die deutschen Exporte in die CEFTA-Länder sind gegen Jahresende 1998 rückläufig gewesen. Dabei sind erstmals auch die Exporte nach Polen und Tschechien, den beiden wichtigsten Handelspartnern in dieser Region, gesunken. Die Konjunkturschwäche in Westeuropa, insbesondere in Deutschland, dem inzwischen wichtigsten Exportmarkt für die meisten dieser Länder, hat das teilweise sehr hohe Wirtschaftswachstum dort gedämpft. Vieles spricht aber dafür, daß die Schwächephase in den mitteleuropäischen Ländern nur von kurzer Dauer ist, der deutsche Export dorthin ist nur vorübergehend beeinträchtigt worden.

Die Entwicklung in Osteuropa, vor allem in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, dürfte dagegen labil bleiben, insbesondere deshalb, weil die Reformen nur sehr langsam vorankommen. Diese Volkswirtschaften haben die früheren Strukturen noch nicht überwunden.²

Ausgeglichene Leistungsbilanz

In den Jahren 1997 und 1998 wurde im Warenhandel mit den Reformländern in Mittel- und Osteuropa noch ein Überschuß von jeweils reichlich 20 Mrd. DM erzielt, nachdem er noch 1995 bei nur 5 Mrd. DM gelegen hatte (Tabelle 1). Bei rückläufigen Exporten und leicht steigenden Importen ist im ersten Quartal 1999 erstmals in den 90er Jahren ein geringes Defizit zu verzeichnen. Während im Warenhandel mit Polen, Tschechien und Ungarn auch in den ersten Monaten dieses Jahres noch ein Überschuß erreicht wurde, ist der Handel mit den osteuropäischen Reformländern ins Defizit geraten; dabei haben vor allem die steigenden Importe von Rohöl und Mineralöl aus Rußland eine Rolle gespielt.³

Im Dienstleistungsaustausch mit den Reformländern in Mittel- und Osteuropa wird seit Beginn der 90er Jahre ein Defizit ausgewiesen, welches sich bis 1998 auf reichlich

4 Mrd. DM deutlich erhöht hat. Die wichtigsten Dienstleistungsbereiche sind der Reiseverkehr und die Transportleistungen; in beiden weist Deutschland einen Ausgabenüberschuß auf. Im Reiseverkehr hat sich das Defizit 1998 bei steigenden Ausgaben und rückläufigen Einnahmen deutlich ausgeweitet. Bemerkenswert ist dabei der offenbar zunehmende Tourismus nach Polen; die Ausgaben für Reisen dorthin sind 1998 um 23 % gestiegen. Die Bilanz des Reiseverkehrs mit Polen war 1998 wieder ausgeglichen, in den beiden vorangegangenen Jahren hatte Deutschland noch einen Einnahmeüberschuß erzielt. Im Reiseverkehr mit Rußland ist es 1998 — bedingt durch die dortige Finanzkrise — zu einem starken Rückgang der Einnahmen gekommen (–31 %).

Die steigenden deutschen Ausgabenüberschüsse bei den Transportleistungen und den „Übrigen Dienstleistungen“, das sind hauptsächlich Bauleistungen, erklären sich mit der hohen Wettbewerbsfähigkeit, namentlich der Anrainerstaaten Polen und Tschechien, aufgrund geringerer Löhne.

Die Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen gegenüber Mittel- und Osteuropa war 1998 nahezu ausgeglichen. Die Wertpapieranlagen aus den Reformländern haben sich 1998 sprunghaft — auf rund 15 Mrd. DM — erhöht, und die Erträge aus diesen Anlagen wiegen diejenigen Deutschlands aus seinem hohen Nettokapitalanlagen bei Direktinvestitionen und der Kreditgewährung auf. Die Kreditgewährung ist im Gefolge der Finanzkrise in Rußland erheblich zurückgegangen; im ersten Quartal 1999 waren die Kapitaleinnahmen um rund 2 Mrd. DM höher als die Ausgaben (Tabelle 2). Bei den deutschen Direktinvestitionen in Rußland war gegen Jahresende 1998 und im ersten Quartal dieses Jahres eine kräftige Einschränkung zu beobachten; dagegen blieben die Direktinvestitionen in Polen, Ungarn und Tschechien unverändert hoch. Das deutsche Defizit in der Übertragungsbilanz mit den Reformländern erklärt sich hauptsächlich aus den Rentenzahlungen sowie den Heimatüberweisungen, welche die diversen Einnahmen merklich übertrafen.

¹ Neben den Ländern der Central European Free Trade Area (CEFTA) werden die drei ehemaligen GUS-Länder Rußland, Weißrußland und die Ukraine in die Untersuchung einbezogen.

² Ein Extremfall ist Belarus. Vgl. Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 18/99.

³ Vgl. Russische Energiewirtschaft nach der Finanzkrise. Bearb.: Hella Engerer. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 22/99, S. 404.

Tabelle 1

Leistungsbilanz Deutschlands mit Reformländern in Mittel- und Osteuropa¹⁾
 In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik
 Mrd. DM

	Warenverkehr ²⁾			Dienstleistungsverkehr ³⁾			Erwerbs- und Vermögenseinkommen			Übertra- gungs- bilanz	Lei- stungs- bilanz
	Ausfuhr (fob)	Einfuhr (fob)	Saldo	Ein- nahmen	Ausgaben	Saldo	Ein- nahmen	Ausgabe	Saldo	Saldo	Saldo
Reformländer in Mittel- und Osteuropa											
1995	61,48	56,36	5,13	6,10	8,63	-2,53	4,05	3,99	0,06	-2,88	-0,22
1996	71,98	59,78	12,19	6,53	10,07	-3,54	4,58	4,38	0,20	-2,04	6,83
1997	92,74	71,97	20,77	7,68	10,53	-2,85	5,96	4,79	1,17	-1,88	17,20
1998	102,72	81,79	20,93	7,73	11,87	-4,14	5,12	5,17	-0,05	-1,54	15,20
1999			7,00			-5,00			1,00	-2,00	1,00
1998 1.Vj.	25,26	19,03	6,23	1,85	2,69	-0,84	1,76	0,75	1,01	-0,61	5,77
1999 1.Vj.	21,48	20,69	-0,79	0,84	1,33	-0,49	1,08	0,76	0,32	-0,47	-0,35
darunter: Polen, Tschechien, Ungarn											
1995	32,13	29,11	3,02	2,67	4,30	-1,63	10,20	3,38	-2,18	0,41	-0,39
1996	39,26	30,78	8,48	3,24	4,90	-1,67	1,37	3,74	-2,37	0,55	4,99
1997	49,55	37,75	11,47	3,71	5,45	-1,75	1,98	3,82	-1,84	0,40	8,28
1998	58,48	47,23	11,25	4,05	5,99	-1,94	1,65	4,11	-2,46	0,51	7,36
1998 1.Vj.	13,85	10,81	3,04	0,87	1,37	-0,50	0,36	0,51	-0,15	-0,05	2,34
1999 1.Vj.	13,86	12,51	1,35	1,00	1,32	-0,32	0,37	0,58	-0,21	-0,02	0,80
darunter: Rußland, Ukraine											
1995	12,80	13,81	-1,01	2,40	2,30	0,10	2,40	0,22	2,18	-1,75	-0,48
1996	14,15	15,27	-1,11	2,05	2,84	-0,79	2,58	0,10	2,48	-1,07	-0,51
1997	20,20	17,43	2,77	2,20	2,37	-0,17	3,44	0,37	3,07	-0,65	5,02
1998	18,03	15,11	2,92	1,82	2,99	-1,16	2,85	0,44	2,40	-0,45	3,72
1998 1.Vj.	5,38	3,80	1,58	0,53	0,71	-0,18	1,25	0,12	1,13	-0,73	1,80
1999 1.Vj.	2,22	3,30	-1,08	0,28	0,58	-0,30	0,56	0,07	0,49	-0,39	-1,28
Nachrichtlich: Ausgewählte Posten des Dienstleistungsverkehrs mit Reformländern in Mittel- und Osteuropa (Mill. DM)											
	Reiseverkehr			Transportleistungen			Versicherungen/ Finanzdienstleistungen			Transit- handels- erträge	Übrige Dienst- leist.
	Ein- nahmen	Ausgabe	Saldo	Ein- nahmen	Ausgaben	Saldo	Ein- nahmen	Ausgaben	Saldo	Saldo	Saldo
1995	1 308	2 721	-1 413	1 084	2 159	-1 074	134	29	105	403	- 548
1996	1 527	3 002	-1 475	1 316	2 706	-1 390	160	37	123	686	-1 435
1997	2 112	3 435	-1 323	1 502	2 931	-1 429	253	45	208	764	-2 005
¹⁾ Bulgarien, Polen, Rumänien, Rußland, Ukraine, übrige GUS-Staaten, Slowakei, Tschechische Republik, Ungarn. — ²⁾ Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik, einschließlich Ergänzungen zum Warenverkehr; abzüglich Fracht- und Versicherungskosten. — ³⁾ Einschließlich Fracht- und Versicherungskosten der Einfuhr. Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; 1999 Schätzung des DIW.											

Tabelle 2

**Kapitalverkehr Deutschlands mit Reformländern
in Mittel- und Osteuropa**
In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik
Mill. DM

	Deutsche Nettokapital- anlagen in den Reformländern ¹⁾	Nettokapital- anlagen der Reformländer in Deutschland ²⁾	Saldo ³⁾
Insgesamt			
1995	-8 661	4 689	-3 972
1996	-14 977	6 315	-8 662
1997	-14 983	5 265	-9 718
1998	-23 330	14 567	-8 763
1999 1. Vj.	-4 285	1 778	-2 507
Kreditgewährung			
1995	-4 766	1 061	-3 705
1996	-11 235	2 959	-8 276
1997	-7 510	3 732	-3 778
1998	-6 886	211	-6 675
1999 1. Vj.	-364	2 519	2 155
Wertpapieranlagen			
1995	1 707	3 523	5 230
1996	-916	3 570	2 654
1997	-936	1 253	317
1998	-8 148	14 210	6 062
1999 1. Vj.	-1 805	-716	-2 521
Direktinvestitionen			
1995	-4 063	114	-3 949
1996	-5 358	-206	-5 564
1997	-6 536	280	-6 256
1998	-8 297	146	-8 151
1999 1. Vj.	-2 118	-23	-2 141
darunter: Polen, Tschechien, Ungarn			
1997	-5 226	66	-5 160
1998	-6 676	232	-6 444
1999 1. Vj.	-1 919	23	-1 896
darunter: Rußland			
1997	-437	311	-126
1998	-711	-144	-855
1999 1. Vj.	-27	-110	-137

¹⁾ Zunahme/Kapitalausfuhr (-). — ²⁾ Zunahme/Kapitaleinfuhr (+).
— ³⁾ Deutsche Nettokapitalanlagen überwiegen (-).
Quelle: Deutsche Bundesbank.

Maschinenbau wichtigste Exportbranche⁴

Die Exporte von Maschinenbauerzeugnissen haben im Vergleich mit anderen Gütergruppen 1998 überdurchschnittlich zugenommen; ihr Anteil an den Exporten in die Reformländer insgesamt ist auf rund 19 % gestiegen. Der Anteil der Maschinenbauexporte an der gesamten Ausfuhr nach Osteuropa beträgt sogar knapp 23 %. Weil das Engagement der deutschen Kraftfahrzeughersteller in den CEFTA-Ländern besonders hoch ist, hat sich — nicht zuletzt durch die Lieferung von Zubehörfteilen — der Anteil dieser Branche am gesamten Export noch stärker erhöht. Kraftfahrzeuge hatten im Handel mit der CEFTA 1998 mit rund 18 % einen ähnlich hohen Anteil wie Maschinenbauerzeugnisse. Die Exporte von elektrotechnischen Erzeugnissen — der drittgrößten Warengruppe — sind im Jahr 1998 nur mit der durchschnittlichen Zuwachsrate der gesamten Exporte in die Reformländer ausgeweitet worden, ihr Anteil ist gegenüber 1997 mit 13 % unverändert geblieben. Vom Rückgang der Lieferungen in die Reformländer insgesamt sind insbesondere die Ernährungsgüter sowie die Vorerzeugnisse betroffen worden; ihr Anteil hat sich erheblich verringert.

Bei der Einfuhr aus den Reformländern wurde der Anteil der Fertigwaren noch kräftiger als bei der Ausfuhr ausgeweitet. Dabei spielt im Handel mit den osteuropäischen Ländern der Verfall der Rohstoffpreise eine Rolle; im Handel mit den CEFTA-Ländern schlagen die zunehmenden Exporte aus den Tochterunternehmen westeuropäischer Konzerne zu Buche. Das zeigt sich besonders deutlich daran, daß Kraftfahrzeuge gegenüber anderen Erzeugnissen die mit deutlichem Abstand wichtigste Warengruppe beim Import aus den CEFTA-Ländern ist (1998: Anteil 18 %).

Ausblick

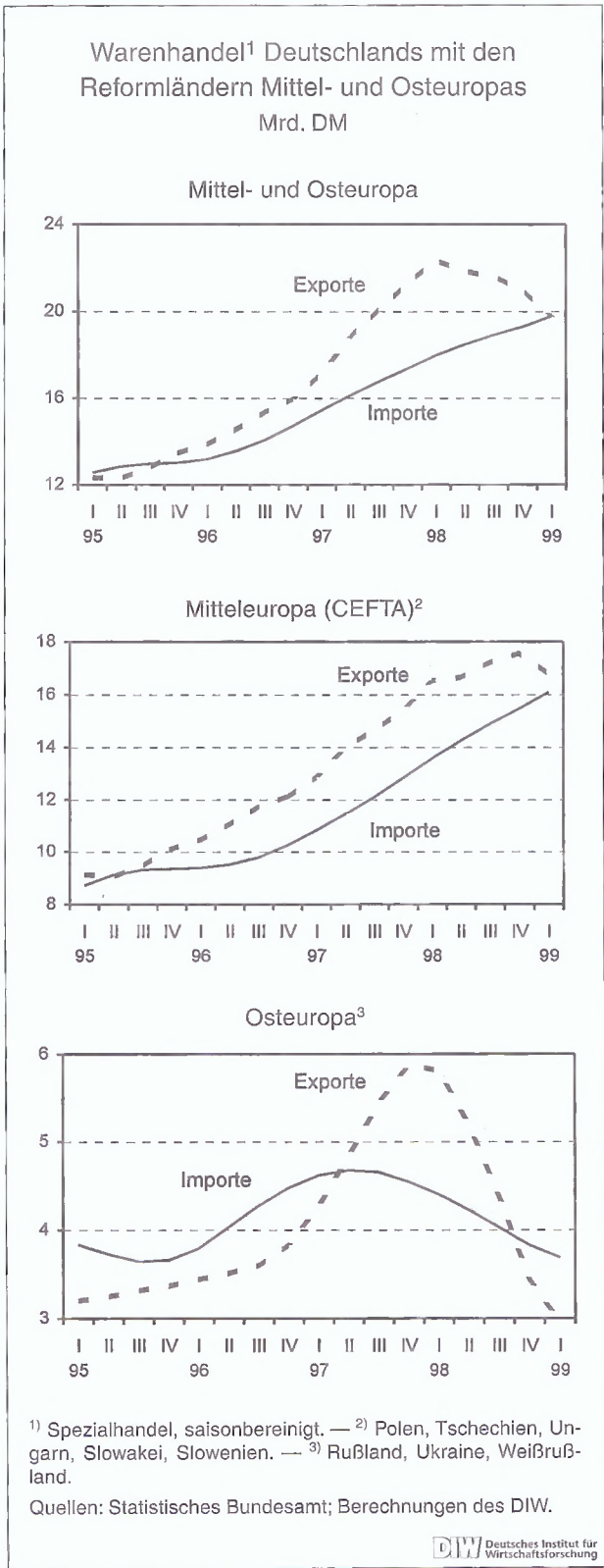
In den mittel- und osteuropäischen Reformländern ist der Prozeß der institutionellen Reformen in sehr unterschiedlichem Maße vorangekommen. Von der erwarteten konjunkturellen Erholung in Westeuropa⁵ werden hauptsächlich die CEFTA-Länder profitieren; als Folge der hohen Direktinvestitionen haben sie ihre Exportfähigkeit erheblich gesteigert. So dürfte es Polen und Ungarn über zunehmende Exporte gelingen, die frühere Dynamik zurückzugewinnen; auch Tschechien dürfte allmählich die

Der deutsche Überschuß in der Leistungsbilanz mit den Reformländern ist 1998 mit rund 15 Mrd. DM um 2 Mrd. DM geringer ausgefallen als im Jahr zuvor. Im ersten Quartal dieses Jahres war die Leistungsbilanz mit den Reformländern wieder, wie schon 1995, praktisch ausgeglichen; es wurde ein Defizit von 0,4 Mrd. DM ausgewiesen.

⁴ Der deutsche Außenhandel nach Ländern und Warengruppen wird nur halbjährlich nachgewiesen. Eine Analyse der konjunkturellen Verläufe bei den Warengruppen ist daher schwierig und insbesondere am aktuellen Rand (Daten für 1999 sind bisher nicht publiziert) nicht möglich.

⁵ Vgl. Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1999/2000, In: Wochenbericht des DIW, Nr. 28/99, Tabelle 1, S. 512.

Abbildung 1



krisenhafte Lage überwinden.⁶ Zu erwarten ist, daß sich die rasche Aufwertung der Währungen dieser Länder nicht fortsetzt. Dies dürfte die Dynamik der deutschen Exporte bremsen. Chancen für zusätzliche Exporte werden sich ohnehin erst im kommenden Jahr eröffnen, wenn Investitionsgüter nicht nur für den Ersatzbedarf bestellt werden, sondern auch für Erweiterungen und Neuanlagen.

Die finanzielle Krise in Rußland hat durch spektakuläre Insolvenzen einiger Banken das Vertrauen der westlichen Kreditgeber erheblich erschüttert. Die deutschen Exporte in diese Länder dürften auch im Jahr 2000 gedrückt bleiben. Die anziehenden Weltmarktpreise, insbesondere für Erdöl, können beim Rohstoffreichtum Rußlands Impulse geben. Da allerdings auch im kommenden Jahr nicht mit einer dynamisch wachsenden Wirtschaft in Osteuropa gerechnet werden kann, dürften die deutschen Exporte das im ersten Halbjahr 1999 erreichte sehr niedrige Niveau kaum überschreiten.

Ein großes Problem der mittel- und osteuropäischen Länder sind die teilweise sehr hohen kreditfinanzierten Defizite in der Leistungsbilanz. Dies könnte sich im Falle einer erhöhten weltwirtschaftlichen Unsicherheit als ein Element der Instabilität erweisen. Alle Länder sind bestrebt, ihre Exporte zu steigern. Dies wird um so eher gelingen, je wettbewerbsfähiger die Produkte sind; dabei spielt der Wechselkurs eine wichtige Rolle. Eine reale Aufwertung, wie sie in den vorangegangenen Jahren teilweise zu beobachten war, wird die Exportchancen erheblich beeinträchtigen.

Die deutsche Einfuhr aus Mittel- und Osteuropa ist in den ersten Monaten dieses Jahres zügig gestiegen. Deutschland könnte durch vermehrte Importe zur wirtschaftlichen Stabilität in den mittel- und osteuropäischen Ländern beitragen. Voraussetzung wäre allerdings eine stärkere Expansion der Nachfrage in Deutschland.

⁶ Vgl. Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1999/2000, a.a.O., Tabelle 6, S. 520.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948.

- Nr. 150 **Die Idee der Cash-flow-Steuer vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Steuersystems.** Von Stefan Bach. 474 S. 1993. (3-428-07984-5). DM 98,— / öS 715,— / sFr 98,—.
- Nr. 151 **Das Konvergenzproblem — Wirtschaftspolitik im Europa von Maastricht.** Von Fritz Franzmeyer (Hrsg.). 324 S. 1994. (3-428-08018-1). DM 88,— / öS 642,— / sFr 88,—.
- Nr. 152 **Selbstverpflichtungen der Industrie zur CO₂-Reduktion.** Von Michael Kohlhaas und Barbara Praetorius. 192 S. 1994. (3-428-08075-0). DM 76,— / öS 555,— / sFr 76,—.
- Nr. 153 **Wirtschaftliche Auswirkungen einer ökologischen Steuerreform.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Volker Meinhardt, Barbara Praetorius, Hans Wessels und Rudolf Zwiener. 234 S. 1995. (3-428-08292-3). DM 84,— / öS 613,— / sFr 84,—.
- Nr. 154 **Transferleistungen in die neuen Bundesländer und deren wirtschaftliche Konsequenzen.** Von Volker Meinhardt, Bernhard Seidel, Frank Stille und Dieter Teichmann. 104 S. 1995. (3-428-08293-1). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.
- Nr. 155 **Technologische Zusammenarbeit von Berliner Unternehmen mit den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 100 S. 1995. (3-428-08411-X). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.
- Nr. 156 **Demonstrationszentren für Faserverbundkunststoffe.** Von Friederike Behringer, Heike Belitz, Kurt Hornschild und Hans Wessels. 246 S. 1995. (3-428-08577-9). DM 86,— / öS 628,— / sFr 86,—.
- Nr. 157 **Regionale Strukturpolitik unter den veränderten Rahmenbedingungen der 90er Jahre.** Von Martin Gornig, Bernhard Seidel, Dieter Vesper, Christian Weise (DIW) in Zusammenarbeit mit Hans-Jürgen Ewers, Carl Friedrich Eckhardt, Rainer Magnan (GIB). 152 S. 1996. (3-428-08715-1). DM 74,— / öS 540,— / sFr 74,—.
- Nr. 158 **Polen und die Osterweiterung der Europäischen Union.** Von Fritz Franzmeyer und Christian Weise. 201 S. 1996. (3-428-08768-2). DM 82,— / öS 599,— / sFr 82,—.
- Nr. 159 **Zwischenbilanz der Strukturfondsinterventionen und anderer EU-Programme in den neuen Bundesländern — Gemeinsamkeiten und Unterschiede.** Von Kathleen Toepel. 71 S. 1996. (3-428-08870-0). DM 64,— / öS 467,— / sFr 58,—.
- Nr. 160 **Arbeits- und Betriebszeiten in Deutschland: Analysen zu Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung.** Von Frank Stille und Rudolf Zwiener. 153 S. 1997. (3-428-09209-0). DM 74,— / öS 540,— / sFr 67,—.
- Nr. 161 **Transformation des Wirtschaftssystems in den mittel- und osteuropäischen Ländern: Außenwirtschaftliche Bedingungen und Auswirkungen.** Von Dieter Schumacher, Harald Trabold und Christian Weise (Hrsg.). 435 S. 1997. (3-428-09239-2). DM 148,— / öS 1.080,— / sFr 131,—.
- Nr. 162 **Energiepreise als Standortfaktor für die deutsche Wirtschaft.** Von Jochen Diekmann, Manfred Horn und Hans-Joachim Ziesing. 220 S. 1997. (3-428-09333-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 163 **Sonderregelungen zur Vermeidung von unerwünschten Wettbewerbsnachteilen bei energieintensiven Produktionsbereichen im Rahmen einer Energiebesteuerung mit Kompensation.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Barbara Praetorius, Bernhard Seidel und Rudolf Zwiener. 224 S. 1998. (3-428-09378-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 164 **Gesamtwirtschaftliche und regionale Effekte von Bau und Betrieb eines Halbleiterwerkes in Dresden.** Von Heike Belitz und Dietmar Edler. 127 S. 1998. (3-428-09450-6). DM 106,— / öS 774,— / sFr 94,—.
- Nr. 165 **Umwelt und empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung. Beiträge und Diskussionsberichte zu einer Tagung der Projektgruppe „Das Sozio-ökonomische Panel“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.** Hrsg. von Jürgen Schupp und Gert Wagner. 199 S. 1998. (3-428-09457-3). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 166 **Evaluierung wettbewerbsorientierter Fördermodelle — Das Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume in Schleswig-Holstein.** Von Martin Gornig und Kathleen Toepel. 166 S. 1998. (3-428-09477-8). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200
DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw-berlin.de>

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep,
Wolfram Schrettl, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann.

Geldvermögen und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte. Bearbeitet von Klaus-Dietrich Bedau. —
Stockender Handel mit den Reformländern in Mittel- und Osteuropa. Bearbeitet von Herbert Lahmann.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: Druckerei Conrad GmbH, Wachsmuthstr. 12, D-13467 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304